

Oktober 2001

Initiative für einen Politikwechsel

<p>MEMORANDUM</p> <p>FÜR EINEN</p> <p>POLITIKWECHSEL</p>

Inhalt

I. Gefahren und ungenutzte Chancen	2
1. Terrorismus – Krieg – Politik	
2. Ein Politikwechsel ist überfällig	
II. Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert	4
1. Vom Rheinischen Kapitalismus zum Shareholder-Kapitalismus	
2. Ende der Systemkonkurrenz – Vom Anschluss zum Absturz Ost	
3. Neue Welt(un)ordnung – Militarisierung der Außenpolitik	
III. Für einen reformpolitischen Verständigungsprozess	9
IV. Unsere Alternativen	12
1. Arbeit umverteilen und neue Arbeit schaffen	
2. Umverteilung von Einkommen und Vermögen	
3. Ökologischer Strukturwandel	
4. Schutz und Ausbau sozialer und demokratischer Teilhaberechte	
5. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft	
6. Abrüstung – zivile Konflikt- und Krisenprävention	
V. Heraus aus der Zuschauerdemokratie	30

I. Gefahren und ungenutzte Chancen

1. Terrorismus – Krieg – Politik

Am 11. September 2001 wurde die Welt mit einer neuen Form des Terrorismus konfrontiert. Wir verurteilen diese entsetzlichen Anschläge aufs Schärfste, für Terror gibt es keine Legitimation. Obwohl bekannt ist, dass bei der Bekämpfung des Terrors nach den Ursachen von Gewalt und Hass gefragt werden muss, dominieren die alten militärischen Antworten.

Der Terrorangriff war keine Kriegserklärung im strikten Sinn. Erst nachdem Terror zum Krieg erklärt wurde, konnte der Bündnisfall für die NATO aktiviert werden. Die Operation »Vergeltung durch Krieg« fordert bereits heute ihre Opfer, indem sie in der bedrohten Region massive Fluchtbewegungen auslöst.

An der von den USA dominierten Grundstruktur des internationalen Systems, das sich vorwiegend an deren Interessen orientiert, soll nicht gerüttelt werden. So wird die Liste internationaler Vereinbarungen, die von den USA blockiert oder abgelehnt werden, immer länger. Sie reicht vom Atomteststoppvertrag über Kleinwaffenkontrolle bis hin zum internationalen Strafgerichtshof und dem Klimaschutz. Die Stärke des Rechts wurde spätestens im Kosovo-Krieg durch das Recht des vermeintlich Stärkeren abgelöst. Ob die neuerliche Bereitschaft der USA, die bei der UNO aufgelaufenen Schulden zu begleichen, eine politische Umorientierung einleitet, ist aus heutiger Sicht nicht zu sagen. Eher ist zu befürchten, dass der Einfluss der UNO zurückgedrängt, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen weitere Rückschläge erleidet sowie eine Militarisierung der Außenpolitik und ein Abbau von Demokratie Platz greifen wird.

Viele der Aktivitäten der Bundesregierung gehen in die falsche Richtung. Schutz vor Terrorismus ist wichtig. Der geplante massive Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsapparates und der damit verbundene Abbau demokratischer Freiheitsrechte der Menschen ist aber der falsche Weg. Denn der beste Schutz vor terroristischen Angriffen bleibt eine demokratische Gesellschaft, weltoffen und transparent und geprägt von interkulturellem Ausgleich.

Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit bei der Verfolgung von Terrorismus ist selbst eine grundlegende Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Terrorismusbekämpfung. Völkerrechtlich nicht legitimierte Militäroperationen wirtschaftlich und militärisch weit überlegener Staaten sind Selbstjustiz und lösen in den betroffenen Gesellschaften tiefe Gefühle der Ungerechtigkeit und Demütigung aus. Als Folge wächst die Bereitschaft, Terror als Kampfstrategie der Schwachen zu rechtfertigen.

Verzicht auf willkürliche Kriegsmaßnahmen bedeutet nicht Verzicht auf die Verfolgung der Täter. Wir setzen uns für eine konsequente Nutzung aller rechtsstaatlichen

Mittel der Strafverfolgung ein. Dazu gehört eine internationale Strafgerichtsbarkeit.

Nach dem 11. September scheint es uns dringlicher denn je, den überfälligen Politikwechsel einzuleiten. Auch wenn die Folgen des Terroranschlages heute noch nicht in ihrer ganzen Tragweite abzusehen und einzuschätzen sind ist davon auszugehen, dass auch Passagen dieses Memorandums überarbeitet werden müssen. Doch dies kann und muss zu einem späteren Zeitpunkt geschehen; zu einem Zeitpunkt, an dem der Stand der Ereignisse verlässlichere Analyse und Einschätzungen ermöglicht.

2. Ein Politikwechsel ist überfällig

Die 90er Jahre waren in vielfacher Hinsicht ein verlorenes Jahrzehnt. Für das Gros der so genannten Dritten Welt, die zu den Opfern der Globalisierung zählt. Verloren aber auch für die internationale Politik. Der Hamburger Friedensforscher Dieter S. Lutz bilanziert: »Die revolutionären Umbrüche nach 1989/90 boten die Jahrhundertchance, die Lehren und Einsichten aus der Vergangenheit konzeptionell mit den neuen Gefahren und Bedrohungen hoch entwickelter Staaten und Gesellschaften, darunter auch der weltweite Terrorismus, zu verbinden. Der siegreiche ›Westen‹ ließ diese Chance ungenutzt verstreichen. Nach einer ersten Euphorie wurde im Gegenteil begonnen, Fehler auf Fehler zu setzen, ja das zivilisatorische Rad selbst wieder zurückzudrehen: Die ‚mächtigste Militärmacht aller Zeiten‘ fing an, nach und nach ihre zivile Konkurrenz, die OSZE, ›wegzubeißen‹ und (mit etwas Verzögerung) auch die Vereinten Nationen zurückzudrängen.«

Auch für Deutschland waren die 90er Jahre von Stagnation und Rückschritt gekennzeichnet. Wenn auch keine Euphorie aufkam, so hatten doch viele die Hoffnung, dass der Regierungswechsel 1998 zu einer Auflösung der Reformblockaden führen würde. Nicht alles sollte anders werden, aber vieles besser – mit diesen Worten hatte der Kanzler der »Neuen Mitte« die Maxime der rot-grünen Bundesregierung beschrieben. Schenkt man den offiziellen Erklärungen Glauben, dann scheint die Umsetzung dieses Versprechens – das vielen als die Quadratur des Kreises erschien – gelungen zu sein. Die Wirtschaft sei auf einen langfristigen Wachstumspfad zurückgekehrt, woran sich auch nichts ändere, wenn aktuell einige dunkle Wolken den Konjunkturm Himmel verfinstern. Ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit sei vorprogrammiert, was verstärkt werde durch die demografische Entwicklung. Mittlerweile müsse bereits über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit nachgedacht werden, um perspektivisch die Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen. Deutschland habe den Ausstieg aus der Atomtechnologie wahr gemacht, und mehr noch: Deutschland sei Spitzenreiter in der Förderung alternativer Energien – die ökologische Wende sei vollbracht. Last but not least: Die Unsicherheit der Welt ist zwar so offenbar wie kaum je zuvor, aber uns wird gesagt, die Streitkräfte der NATO würden mit dem Problem fertig. Etwas Aufrüstung im Schnelldurchgang, etwas mehr Geheimdienstschnüffelei, etwas weniger Liberalität, Datenschutz und innere Freiheit, und das Pro-

blem sei unter Kontrolle. Durch den Umbau der NATO und die Neuausrichtung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik seien rasche Kriseninterventionen möglich, die die Wiederholung von »humanitären Katastrophen«, »ethnischen Säuberungen« und »Genoziden« verhindern.

Wir halten diese offiziellen »Wahrheiten« für propagandistisch, für unreal, für gefährlich. Letzteres, weil die gesellschaftlichen Widersprüche und damit die Sorgen und Nöte der Menschen unter den Teppich gekehrt werden. Ohne eine Beseitigung der sozialen Grundübel dieser Welt, ohne Toleranz und sozialen Ausgleich auch zwischen Nord und Süd wird es auch zukünftig keine stabile zivile Gesellschaft geben, werden Gewalt und Gegengewalt auf der Tagesordnung bleiben. Die Notwendigkeit einer zivilen Politik des Ausgleichs kann nicht länger ignoriert werden. Nutznießer dieser gezielten Ignoranz ist schon heute nicht zuletzt die populistische und extreme Rechte.

Wir setzen uns ein für einen Politikwechsel. Wir wollen eine solidarische und friedliche, sozial und ökologisch ausgerichtete Zukunftsgestaltung. Wir sind das Gerede von den vermeintlichen Sachzwängen, die keine Alternativen zuließen, leid. Frieden und Sicherheit, sozial wie international, lassen sich nur durch eine neue Politik des Ausgleichs und der Gerechtigkeit herstellen. Wir fordern auf, über eine solche neue, zukunftsfähige Politik zu diskutieren und dafür zu streiten.

II. Zäsuren im Übergang in das 21. Jahrhundert

1. Vom Rheinischen Kapitalismus zum Shareholder-Kapitalismus

Wir erleben einen Epochenwechsel. Die neoliberale Politik der Globalisierung hat die Umgestaltung des Kapitalismus enorm beschleunigt. Dabei haben wir es mit verschiedenen, auf unterschiedliche Weise miteinander verknüpften Prozessen zu tun.

- Bereits Mitte der 70er Jahre endete das »Golden Age« eines mit hohen Wachstumsraten akkumulierenden Kapitalismus. Seitdem sind wir konfrontiert mit strukturellen Krisentendenzen und hoher Arbeitslosigkeit.
- In diesen Umbruchprozessen zeigen sich die Schranken der fordistischen Entwicklung des Systems der gesellschaftlichen Arbeit. Nicht nur das quantitative Angebot an bezahlter Erwerbsarbeit wurde zum Problem, sondern auch die Qualität: Fragen nach dem »Wie«, dem »Was« und dem »Wofür« der Produktion stehen neu auf der Tagesordnung.

- Aufgrund des extensiven Verbrauchs fossiler Ressourcen und der Anwendung umweltschädigender Technologien kommt es zur Zuspitzung ökologischer Krisen, so dass eine nachhaltige Produktions- und Konsumtionsweise zu einem immer dringlicheren Erfordernis geworden ist.
- »Globalisierung« – soweit es mehr ist als ein Kampfbegriff zum Abbau sozialer Standards und Rechte – kennzeichnet die beschleunigte Akkumulation von Kapital auf den internationalen Finanzmärkten. Realwirtschaftlich handelt es sich um einen seit längerer Zeit andauernden Prozess der Internationalisierung von Produktion und Dienstleistungen, der weitgehend auf die Triade der kapitalistischen Metropolen (Nordamerika, Ostasien, Westeuropa) begrenzt ist, während die Peripherie der früheren Zweiten und Dritten Welt von der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums abgekoppelt wird.
- In Folge der Deregulierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte entsteht ein Shareholder-Kapitalismus. Finanzmarkt-Renditen werden zum Maßstab auch für die Verwertung von Kapitalanlagen in Industrie und Dienstleistungen, die Börse wird zum entscheidenden Markt, auf dem über die Zukunft von Arbeitsplätzen und Unternehmen entschieden wird.

Noch in den 90er Jahren lautete eine der entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen, ob die Errungenschaften eines sozialstaatlich zivilisierten »Rheinischen Kapitalismus« gegen die Profitansprüche eines marktradikalen Shareholder-Kapitalismus angelsächsischer Prägung verteidigt werden können. Heute wird diese Fragestellung bereits als überholt abgetan. Eine begrenzte soziale Abfederung der Widersprüche des Shareholder-Kapitalismus scheint das Optimum zu sein, was die in Westeuropa derzeit führenden politischen Strömungen der »Neuen Mitte« für möglich halten. Damit ist aber ein Weg zu einem sozial stark ausgrenzenden Kapitalismus und zu verschärfter Ungleichheit der Einkommen und Vermögen vorgegeben.

In den kapitalistischen Metropolen werden die Gräben zwischen einem Heer dauerhaft oder temporär Arbeitsloser, einem breiteren Gürtel prekärer Arbeitsverhältnisse und einem kleiner gewordenen Kern unbefristeter Vollzeitbeschäftigung tiefer. Zunehmend wird abhängige Arbeit formal selbständig und für wechselnde Auftraggeber verrichtet, oft unterbrochen durch Phasen der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig verändern und flexibilisieren sich die Formen der Anwendung auch der festangestellten Vollzeit-Arbeitskraft. Ein scheinbar widersprüchlicher Prozess: Einerseits werden unternehmerische Risiken auf die Beschäftigten abgewälzt und der Arbeitsdruck durch indirekte Steuerungsmethoden erhöht; andererseits wird mehr Eigenverantwortlichkeit in der Arbeit auch positiv empfunden. Auf diese Weise sollen die Fähigkeiten der ganzen Person noch besser als bisher den betrieblichen Interessen nutzbar gemacht werden. Durch diese Prozesse verändern sich Erwerbsbiografien und Bewusstsein sowie betriebliche, tarifvertragliche und politische Regulierungsanforderungen. Gewerkschaften stehen vor neuen, schwierigen Herausforderungen.

Eine Gesellschaft jedoch, die auf sozialer Desintegration basiert und ihre historischen Errungenschaften zur Zivilisierung des Kapitalismus – Sozialstaat, Kollektivrechte, Wirtschaftssteuerung – demontiert, führt zu Demokratieentleerung und nimmt immer stärker autoritäre Züge an. An die Stelle von Gerechtigkeit und sozial-ökologischer Zukunftsvorsorge tritt eine »Sicherheits«-Politik, die sich mehr und mehr als eine autoritäre Kontrollpolitik erweist. Die BürgerInnen werden aus Sicht des Staates und der Wirtschaft immer mehr zu einem potenziellen Sicherheitsrisiko, das eine immer perfektere Kontrolle und Überwachung erfordert. Durch verschärfte Gesetze und die Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten sowie ihre technische Aufrüstung werden verfassungsrechtlich garantierte Grund- und Freiheitsrechte bedroht. Dieser Ausbau des »Sicherheitsstaates« ist die Kehrseite des Abbaus des Sozialstaates.

Die ökonomischen, sozialen und politischen Funktionsweisen eines autoritären Kapitalismus bilden den Nährboden für Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Die großen Parteien überbieten sich wechselseitig mit der Einschätzung, es gäbe keine Alternativen (TINA – There Is No Alternative). Die weitgehende Entleerung der parteipolitischen und öffentlichen Auseinandersetzung um solidarische und ökologische Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung, die die gegenwärtig ausgeblendeten Lebensinteressen großer Bevölkerungsteile aufgreifen, befördert die Tendenzen der Entdemokratisierung.

2. Ende der Systemkonkurrenz – Vom Anschluss zum Absturz Ost

Die weltpolitische Zäsur der Jahre 1989/91 war nicht nur das Ende einer vergangenen, sondern zugleich die Eröffnung einer neuen Etappe geschichtlicher Entwicklung. Allerdings baut diese mehr auf Trümmern denn auf zukunftsweisenden Entwicklungspotenzialen auf. Das zeigt sich insbesondere am deutschen Einigungsprozess. Politische Initiativen, die darauf zielten, vernünftige Regelungen der staatssozialistischen Gesellschaften zu erhalten, wurden beiseite gedrückt. Ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die Neugestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse und eine Debatte über eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland – wie ihn das westdeutsche Grundgesetz vorschrieb – war seitens der Bundesregierung nicht erwünscht.

Die marktradikale Politik des Anschlusses der DDR und die nachfolgende Transformationspolitik führten zu einer Zerstörung bedeutender wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Strukturen, zur Entwertung kreativer Fähigkeiten und fachlicher Kenntnisse. Das zeigt sich insbesondere an der schroffen Implosion der ostdeutschen ökonomischen Wertschöpfung im Zuge der Transformation und der Zerschlagung kreativer F&E-Potenziale in der Region. Es entstanden eine Dependenzökonomie westdeutscher Industriekonzerne, eine betriebliche Kleinststruktur, eine dominante westdeutsche Marktbeherrschung und eine anhaltende Abhängigkeit von den

hohen staatlichen West-/Ost-Finanztransfers. Die Bilanz von zehn Jahren deutscher staatlicher Einheit ist eine in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nie da gewesene Massenarbeitslosigkeit von real weit über einem Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung in Ostdeutschland. Die Aufgabe, die Situation in den neuen Bundesländern nachhaltig zu verbessern, hatte Kanzler Schröder 1998 zur »Chefsache« erklärt. Zur Zwischenbilanz rot-grüner Regierungspolitik gehört jedoch, dass sich der »Absturz Ost« fortsetzt.

Die Schließung der Produktionslücke zwischen der ostdeutschen Wertschöpfung und dem regionalen Endverbrauch Ost in Höhe von jährlich ca. 200 Mrd. DM ist die entscheidende Aufgabe für den Übergang zu einer selbst tragenden Entwicklung und für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dazu muss über einen längeren Zeitraum ein im Vergleich zu den alten Bundesländern höheres Wachstum der Wertschöpfung und der Produktivität erreicht werden. Dieses Wachstum sollte in hohem Maße durch innovative und ökologische Strukturveränderungen erreicht werden. Dazu bedarf es der Fortführung der Finanztransfers im Rahmen des Solidarpakts II und des Länderfinanzausgleichs mindestens in der gegenwärtigen Höhe sowie erhöhte private Investitionen. Ein passives, dauerhaft auf Alimente angewiesenes Ostdeutschland darf nicht zugelassen werden. Es müssen die Chancen und Bedingungen für die Menschen in den neuen Bundesländern geschaffen werden, die eigenen Lebensverhältnisse selbst aktiv zu gestalten

Ein Misserfolg in Ostdeutschland wird die Konflikte in Ost und West verschärfen, ungelöste Probleme in Ostdeutschland werden zunehmend negative Wirkungen in Westdeutschland haben. Indem Lösungen für die besonderen ostdeutschen Probleme gesucht und gefunden werden, kann ein Beitrag für wirkliche soziale und ökologische Reformen in ganz Deutschland geleistet werden. Dies ist auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung von besonderer Bedeutung.

3. Neue Welt(un)ordnung – Militarisierung der Außenpolitik

Mit dem Ende der Systemkonkurrenz wurde auch der Kalte Krieg beendet, der über vierzig Jahre das internationale System geprägt hat. Für viele stellte sich mit dem Ende der Blockkonfrontation auch die Frage nach dem Sinn des Militärs. Das alte Feindbild war abhanden gekommen. Es schien, als sei damit auch die Existenz eines derartigen Militärapparates in Frage gestellt. Doch die von vielen erhoffte Friedensdividende, die Verwendung der durch Abrüstung frei werdenden Mittel für zivile Zwecke, kam nicht zustande.

Die Bilanz der internationalen Politik ist nach zehn Jahren statt von Zivilisierung von Militarisierung gekennzeichnet. Die von dem damaligen US-Präsidenten George Bush im Jahre 1991 proklamierte »neue Weltordnung« baut auf dem Recht des Stärkeren auf und orientiert sich an der Durchsetzung der Interessen der USA und der

anderen entwickelten kapitalistischen Industrieländer, notfalls auch mit Militär. Krieg ist wieder zu einem Mittel der Politik geworden, der II. Golfkrieg von 1991 war ein erster Beleg für diese Tendenz.

Nach dem Ende des Kalten Krieges rückte an die Stelle der gegenseitigen Bedrohung der Großmächte eine Vielzahl von regionalen Risiken, Krisen und blutigen Konflikten. Sicherheitspolitik wird nicht mehr ausschließlich territorial, sondern global definiert. Danach gilt es die Sicherheit des betroffenen Staates nicht nur durch den Schutz des nationalstaatlichen Territoriums zu schützen, sondern vor allem durch die Sicherung der so genannten geostrategischen Interessen (wozu auch die Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten gehört). In dieses Szenario fügt sich die Bundeswehr ein. Nach den weiterhin gültigen verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 ist ihre Aufgabe u.a. die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«.

Die neue NATO-Strategie, verabschiedet auf dem Gipfeltreffen in Washington im Frühjahr 1999, weist genau in diese Richtung. Mit dem neuen strategischen Konzept hat sich die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem Interventionsbündnis entwickelt, welches die globalen Vormachtansprüche der NATO-Staaten und vor allem der einzig verbliebenen Supermacht, der USA, garantieren soll. Kern dieses Konzeptes ist die Bereitschaft zu militärischer Intervention in den Fällen, in denen die NATO-Staaten ihre Interessen berührt sehen und militärisches Handeln für opportun halten. Nach dieser Lesart ist ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates zwar wünschenswert, jedoch nicht zwingend notwendig.

Bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens haben die NATO-Staaten diese Strategie in die Praxis umgesetzt. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien am 24. März 1999 sollte – so die Rechtfertigung der NATO-Staaten – eine humanitäre Katastrophe verhindert werden. Zwei Jahre nach dem Krieg sind die Begründungen und Rechtfertigungen als Lügen entlarvt. Es ist offensichtlich, dass die kritischen Stimmen zu diesem Krieg recht behalten haben. Die NATO hat mit ihrem Krieg gegen Jugoslawien nicht nur geltendes Völkerrecht gebrochen, sondern auch mit der Art ihrer Kriegsführung (Bombardierung von zivilen Zielen, Einsatz von angereichertem Uran) gegen das Kriegsvölkerrecht und die Genfer Konvention verstoßen. Bezogen auf den Einsatz der Bundeswehr muss darüber hinaus auch ein Bruch des deutschen Grundgesetzes sowie des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrages konstatiert werden.

Doch unbeschadet der Verletzung internationalen und nationalen Rechts schreitet für Militarisierung der Außenpolitik voran. Gerade auch in der Europäischen Union, die sich neben der NATO eine eigenständige militärische Struktur schaffen will, mit dem Ziel, »als Reaktion auf internationale Krisen EU-geführte militärische Operationen einzuleiten und durchzuführen« (Europäischer Rat in Helsinki, 10./11.12.1999). Und in den USA hat sich mit dem Amtsantritt von George W. Bush ein Kurs durchge-

setzt, der vorrangig auf amerikanische Interessen setzt und auch die militärische Komponente weiter ausbaut. Abrüstungsverträge wie der ABM-Vertrag werden einseitig gekündigt, wenn sie amerikanischen Plänen – wie im Falle von NMD – im Wege stehen.

Das westliche Wirtschafts- und Politiksystem wird zum Gradmesser für Entwicklungsprozesse und als alternativloses System dem »Rest der Welt« aufgedrängt. Jene Länder, die nicht zu den Interessengebieten des Westen zählen, stürzen immer weiter in die Armutsfalle und in politische Bedeutungslosigkeit. Dieses internationale System ist äußerst fragil und extrem krisenanfällig. Es ist undemokratisch und von sozialen Gräben durchzogen, die Jahr um Jahr tiefer und breiter geworden sind. Die »Logik« dieses Systems ist letztlich menschenverachtend. Denn die »Antworten«, die auf die immanenten Konflikte und Widersprüche gegeben werden, lauten: Militarisierung der internationalen Beziehungen unter Führung der Hegemonialmacht USA auf der einen Seite, Terrorismus als vermeintlich einzig verbliebene Kampfstrategie der Schwachen auf der anderen Seite. Mit dieser »Logik« muss gebrochen werden.

III. Für einen reformpolitischen Verständigungsprozess

Eine gesellschaftliche Reformbewegung wird die für einen Politikwechsel notwendige Gestaltungskraft nur entfalten können, wenn sie sich auf Grundzüge eines gemeinsamen inhaltlichen Alternativkonzeptes verständigt. Eine Verständigung, die von den unterschiedlichen sozialen und politischen Strömungen, Organisationen und Initiativen als gemeinsamer Rahmen der reformpolitischen Leitbilder akzeptiert wird. Im Mittelpunkt muss eine aktive Politik für einen neuen, nachhaltigen, nicht-diskriminierenden, emanzipatorischen Typus von Vollbeschäftigung stehen. Dazu bedarf es der offensiven Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik, die sich auf den Vorrang öffentlicher Sparpolitik und den »Sachzwang Globalisierung« beruft.

- Die staatliche Neuverschuldung soll bis 2006 auf Null zurück geführt werden. Gleichzeitig setzt die rot-grüne Bundesregierung auf umfangreiche Steuerentlastungen, was im Zeitraum 2001 bis 2005 Steuermindereinnahmen in Höhe von 181,7 Mrd. DM zur Folge haben wird. Diese Steuerentlastung kommt nur zu einem Drittel den privaten Haushalten zu gute, um rund 40 Mrd. DM werden allein die Großunternehmen entlastet. In den unteren Einkommensklassen werden die Entlastungen durch steigende Abgaben, u.a. durch die Öko-Steuer, weitgehend wieder aufgezehrt, so dass die Kaufkraft dieser Haushalte kaum zunimmt. Hinzu kommt, dass Ausgabenkürzungen insbesondere im sozialen Bereich vorgenommen werden, wodurch sie die bereits sozial Benachteiligten belasten und die Bin-

nennachfrage weiter schwächen. Gleichzeitig werden die öffentlichen Investitionen zurückgefahren, was ebenfalls das Wirtschaftswachstum schwächt und Arbeitsplatzverluste zur Folge hat.

Dieser Kurs der Bundespolitik führt zu »öffentlicher Armut« bei steigendem privaten Reichtum. Die unterbliebenen öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Umwelt, Kultur und Soziales belasten bereits jetzt die künftigen Generationen wahrscheinlich mehr als die »Schuldenlast«, die in ihrer Höhe zu einem erheblichen Teil aus den Folgen und Notwendigkeiten der deutschen Vereinigung resultiert. Das tatsächlich Unsoziale der Staatsverschuldung liegt darin, dass die Schulden und Zinszahlungsverpflichtungen dem gesamten Gemeinwesen, die Guthaben und Zinseinkünfte aber nur den Erben derjenigen Wohlhabenden hinterlassen werden, die die Staatsschuldtitel gekauft haben. Wenn man wirklich diesen »sozialen Skandal« bekämpfen wollte, müsste man v.a. eine konsequente und hohe Besteuerung von Zinseinkünften, großen Vermögen und Erbschaften durchsetzen.

- Auch die modernisierte Sozialdemokratie beruft sich zur Legitimierung ihrer Politik auf den »Sachzwang Globalisierung«. Der »Wettbewerbskorporatismus« geht von der Grundannahme aus, dass der Weltmarkt nicht sozial gestaltbar sei, dass weltweit mobile Unternehmen sich jeder Umverteilungs- und Auflagenpolitik entziehen könnten und dass insofern mit der Hegemonie des Kapitals die Defensive und Unterlegenheit gesellschaftlicher Gegenkräfte und sozialer Bewegungen festgeschrieben sei. Diese Politik hat im »Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« einen institutionellen Rahmen und eine »außerparlamentarische Verhandlungsarena« gefunden.

Da die Globalisierung der Finanzmärkte durch Deregulierung bewusst befördert wurde, ist sie ganz und gar kein irreversibler »Sachzwang«. Die Stärkung von Organisationen wie der WTO gegenüber den UN-Organisationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), aber auch gegenüber Parlamenten und Organisationen der Zivilgesellschaft kann rückgängig gemacht werden. Entsprechende neue Regulierungen (Kapital- und Devisenverkehrskontrollen, Tobin-Steuer auf Devisenspekulation, Bankenaufsicht etc.) sind mit einer Reform von WTO, IWF und Weltbank zu verbinden. Zudem ist die Vorstellung einer grenzenlosen, globalen Mobilität des Kapitals Fiktion, da sich internationale Standortentscheidungen weiterhin auf die Metropolen konzentrieren, und keineswegs maßgeblich durch Lohnkostenvergleiche entschieden werden.

Europa ist ein Beispiel dafür, dass das Sachzwangargument Globalisierung nicht trägt. Zum einen, weil es in Europa ganz unterschiedliche Regulierungsansätze gibt. Der skandinavische Wohlfahrtsstaat unterscheidet sich ebenso vom deutschen Sozialstaat wie vom britischen Welfare State. Es gibt eine Vielzahl von beschäftigungspolitischen Strategien: das niederländische Teilzeitarbeits-Modell,

die Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Ansätze makroökonomischer Steuerung in Frankreich. Und auch die Steuerpolitik ist keineswegs homogen. Zum anderen, weil transnationale Integrationsprozesse wie die Europäische Union einen Rahmen dafür bieten könnten, politische Gestaltungsmacht gegenüber dem Kapital zurück zu gewinnen. »Für ein soziales Europa« lautet die Forderung, den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie durchzusetzen. Europäische Regulierung kann dann ein Ansatz zur sozialen und demokratischen Gestaltung der Weltwirtschaft werden, wenn soziale und ökologische Bewegungen, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure ihre Kooperation und Vernetzung intensivieren und zur Herausbildung eines klaren politischen Willens beitragen, die Möglichkeiten supranationaler Politik zur Bändigung der supranationalen Märkte und Firmen einzusetzen.

- Ebenso wichtig wie die Auseinandersetzung mit dem »Sachzwang Weltmarkt« ist ein Konsens in der Frage, wie sich das gemeinsame Reformprojekt auf die Zentralität der Erwerbsarbeit in der heutigen Gesellschaft beziehen sollte. Zu Recht verweisen gerade Teile der Protest- und Selbsthilfeinitiativen der Arbeitslosen darauf, dass unter den Prämissen des »aktivierenden Sozialstaates« das »Recht auf Arbeit« in eine »Pflicht zur Arbeit« und einen Zwang zur Annahme rechtloser, untertariflich entlohnter und sinnentleerter Beschäftigung in prekären Arbeitsmärkten umschlägt. In Kombination mit den verschärften Anspruchsvoraussetzungen für soziale Transferleistungen zwingt die Arbeitsmarktpolitik der »neuen Sozialdemokratie« (»Fördern und Fordern«) immer mehr Menschen in Maßnahmen, aus denen die positiven Aspekte eigenständiger Arbeit und Lebenssicherung zu verschwinden drohen. Mehr noch: das Recht auf eine soziale Mindestsicherung, im bisherigen Sozialhilferecht als bedingungslose Folge des Grundrechts auf Menschenwürde anerkannt, wandelt sich zu einer Leistung, deren Gewährung von Wohlverhalten und Unterordnung abhängt.

Die politische Linke muss den Widerstand gegen Modelle eines repressiven Arbeitszwangs entschieden unterstützen. Doch angesichts der sozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit liefe eine Reformpolitik, die daraus einen generellen Abschied von der Arbeitsgesellschaft ableitet, Gefahr, die arbeitsmarktvermittelte Spaltung der Gesellschaft hinzunehmen. Erwerbsarbeit wird auf absehbare Zeit für die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur die wichtigste Einkommensquelle (und damit Basis eigenständiger Lebensführung), sondern auch ein wichtiger Bereich der persönlichen Identitätsbildung, sozialer Anerkennung und gesellschaftlicher Integration bleiben.

Sollen die Defizite der früheren Vollbeschäftigungspolitik überwunden werden, bedarf es eines erweiterten Leitbildes von Arbeitsgesellschaft und der Rolle der Erwerbsarbeit darin. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Bedarfe an Dienstleistungen (Erziehung, Bildung, Kultur, Pflege usw.) bezieht auch die Reproduktionsarbeit zunehmend in die Erwerbssphäre ein – es gilt, diesen Prozess so zu

gestalten, dass sowohl Geschlechter- wie Klassenschranken eingerissen werden, statt sie durch Niedriglohnsektor-Strategien neu zu vertiefen. Neben der sozialen Qualität der Arbeit werden in einem zukunftsorientierten Arbeitsmodell zugleich die Auflage ökologischer Nachhaltigkeit von Produktion (und Konsumtion) und nicht zuletzt die Notwendigkeit eines gleichen Zugangs von Männern und Frauen zum gesellschaftlichen Arbeitssystem die zentralen Bezugspunkte sein müssen. Im diesem Sinn sprechen wir nachfolgend davon, dass Ziel eines Politikwechsels die »Vollbeschäftigung neuen Typs« sowie die Gestaltung eines »neuen Normalarbeitsverhältnisses« sein muss.

IV. Unsere Alternativen

Eine sozial und ökologisch nachhaltige Politik muss an dem zentralen Stellenwert der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit ansetzen, ohne in eine platte »Arbeit-Arbeit-Arbeit«-Strategie zu verfallen. Erforderlich ist ein umfassendes Projekt der solidarischen Umverteilung und Gestaltung von Lebenschancen. Ein daran ausgerichtetes Konzept könnte sich an den folgenden Projekten ausrichten, die ineinander greifen und als Ganzes auf eine grundlegende Reform der kapitalistischen Gesellschaft hinauslaufen.

1. Arbeit umverteilen und neue Arbeit schaffen

Im Zentrum einer solidarischen Reformpolitik muss die Orientierung am Ziel einer Vollbeschäftigung neuen Typs stehen, die für alle die Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeiten ermöglicht. Auf Massenarbeitslosigkeit lässt sich keine solidarische Gesellschaft aufbauen. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit allein von einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zu erwarten, ist illusionär. Zum einen, weil die Zeiten des »Wirtschaftswunders« nicht wiederholbar sind. Zum andern, weil die entscheidende Aufgabe darin besteht, Beschäftigung mit einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu koppeln.

Aufgabe einer zukunftsfähigen Politik muss es sein, durch Formen direkter wie indirekter Ressourcensteuerung mit dem Ziel einer Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität aus diesen Bedarfsfeldern Sektoren gesellschaftlich sinnvoller Beschäftigung in vielfältigen, aber sozial gesicherten Formen werden zu lassen. Das ökologische Postulat der Zukunftsfähigkeit kann ohne Vollbeschäftigungspolitik neuen Typs nicht handlungsmächtig werden. »Neuer Typ« deutet in Richtung eines geschlechterdemokratischen Modells, das für Männer und Frauen auf verkürzten Ar-

beitszeiten beruht, unterschiedliche Lebenssituationen berücksichtigt und sozial absichert. Um dies zu ermöglichen, geht es nicht um eine neue Variante der gescheiterten staatssozialistischen Planwirtschaft. Vielmehr werden neue Formen einer »mixed-economy« erprobt werden müssen, in denen unterschiedliche Eigentumsformen und Steuerungssysteme ausbalanciert werden und einander ergänzen.

Ein zentraler Aufgabenbereich ist die Schaffung einer breiten öffentlichen Angebotspalette an sozial-ökologischen und kulturellen Dienstleistungen, was Investitionen in Umweltschutz, Erziehung und Bildung, Gesundheits- und Pflegedienste, Kultur usw. erfordert. Voraussetzung ist, dass im Verteilungskonflikt um die zukünftigen Produktivitätszuwächse und den vorhandenen Reichtum ein deutlich höherer Anteil für den gesellschaftlichen Bedarf gesichert werden kann (zu erheben z.B. über eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie des Ressourcenverbrauchs). Es bedarf zusätzlicher Mittel für den Auf- und Ausbau eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung. Dies ist unverzichtbar, da über die zukünftigen Wachstumsraten und den »ersten Arbeitsmarkt« vor allem für ältere und geringer qualifizierte Dauer-Arbeitslose keine ausreichenden Perspektiven eröffnet werden können. Daneben müssen die öffentlich finanzierten Angebote zur Qualifizierung Arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Personen erheblich ausgeweitet werden (auch durch Einforderung der unternehmerischen Verantwortung für eine kontinuierliche berufliche Weiterbildung).

Politische Initiativen zur Schaffung von Niedriglohnsektoren vor allem in expandierenden privaten Dienstleistungsbereichen verstärken die Spaltungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Bereits heute wird ein Viertel bis ein Drittel der Frauen in Vollzeiterwerbsarbeit so niedrig entlohnt, dass ihr Lohn unter der Armutsgrenze liegt. Ein besonders hohes Armutsrisiko besteht bei prekären, ungeschützten, oder tariflich nicht regulierten Beschäftigungsverhältnissen. Umso wichtiger ist es für eine soziale Reformstrategie, am Grundsatz existenzsichernder Arbeit zu tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Bedingungen keine Abstriche zu machen. Die Diskussion über die Forderung nach einem existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn sollte intensiviert werden.

Neben der Neuschaffung von Arbeitsplätzen muss die solidarische Umverteilung von Arbeit erneut als gesellschaftliches Reformprojekt konzipiert und konfliktfähig gemacht werden. Soll Arbeitszeitverkürzung positive Beschäftigungseffekte zeitigen, muss sie schneller voranschreiten als die Produktivität wächst. Es geht also um große Schritte der Verkürzung der Lebens- und vor allem der Wochenarbeitszeit, z.B. durch die 30-Stunden-Woche, ohne dass es dadurch zu Einkommensminderungen kommen darf. Auch Modelle der Verkürzung individueller oder gruppenspezifischer Arbeitszeiten – einschließlich Fortbildungszeiten, Elternurlaub, Sabbatjahre, geschützter Teilzeitarbeit usw. – müssen in die Debatte einbezogen werden, bei Berücksichtigung der sozialen Zumutbarkeit. Regulierungen von Lage und Verteilung der Arbeitszeit müssen einem Unterlaufen der Beschäftigungswirkung von Arbeits-

zeit durch marktorientierte Flexibilisierung («atmende Fabrik») entgegenwirken. Bereits eine um drei Stunden verkürzte Wochenarbeitszeit könnte zusammen mit der Halbierung der Überstunden und weiteren flankierenden Maßnahmen neue Erwerbsarbeitsplätze in Millionenhöhe schaffen. Notwendig ist eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, wodurch der Spielraum für Überstunden stark reduziert werden kann. Weiter kann die finanzielle Förderung von Arbeitszeitverkürzung durch die öffentlichen Haushalte bzw. die Bundesanstalt für Arbeit sinnvoll sein, mit der insbesondere Einbußen bei den Einkommen und Sozialansprüchen bei starken Arbeitszeitverkürzungen in Betrieben, deren Belastbarkeit dadurch überfordert wäre, abgefangen werden können.

Der Arbeitszeitpolitik kommt nicht nur eine beschäftigungspolitische Bedeutung zu. Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeiten bilden die Schnittstelle zwischen Arbeits- und Lebenswelt. Die Gewerkschaften müssen Bedürfnisse nach einer besseren Vereinbarkeit von Arbeits- und Lebenszeit stärker als bisher aufgreifen und in konkrete Arbeitszeitmodelle umsetzen. Die Arbeitszeitverkürzung flankierende Maßnahmen wie Frauenförderpläne, flächendeckende Ganztagskinderbetreuung und der weitere Ausbau von Pflegediensten könnten dazu beitragen, den diskriminierenden Ausschluss von Frauen aus der Erwerbstätigkeit zurückzudrängen. Dabei geht es um nicht weniger als um eine Neudefinition des Verhältnisses von Produktions- und Reproduktionsarbeit. Erst wenn auch die Gewerkschaften die Fähigkeit entwickeln, die gesellschaftlichen Arbeitszeitsysteme so zu gestalten, dass sie sozial gesicherte Wahlmöglichkeiten nach den Bedürfnissen der privaten Lebensführung und den Ansprüchen der sozialen Lebenswelten bieten, können Chancen auf mehr Zeitsouveränität und individuelle Selbstbestimmung realisiert werden. Individuelle Zeitsouveränität der abhängig Beschäftigten ist nur möglich, wenn die Alleinherrschaft betrieblicher Verwertungsinteressen zurückgedrängt wird.

Es geht um die Gestaltung eines neuen, nichtdiskriminierenden Normalarbeitsverhältnisses auf der Grundlage deutlich verkürzter Wochenarbeitszeiten und umfassend erweiterter sozial-kultureller Dienstleistungen (z.B. hochwertige Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Kinder und humane Pflegedienste). Die Reformperspektive liegt darin, einer neuen Regulierung der Erwerbsarbeit die Diskontinuitäten im Erwerbsleben, die sich aus einem Leben mit Kindern oder pflegebedürftigen alten Menschen unvermeidlich ergeben, als einen Normalfall zu Grunde zu legen. Das Problem der »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« darf nicht mehr als ein »Sonderproblem« betrachtet werden, das in prekäre Sonderarbeitsformen entsorgt werden kann. Nur in dieser Perspektive ist die Neuverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern eine realistische Fortschrittperspektive.

Auch die veränderten Erwerbsbiografien, die sich aus dem häufigeren Wechsel des Arbeitsplatzes, Phasen der Weiterbildung oder der Erwerbslosigkeit, Wechsel zwischen unselbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit ergeben, bedürfen einer verbesserten sozialen Absicherung. Die Arbeitslosenversicherung ist dahingehend

weiter zu entwickeln, dass sie solche Übergänge abstützt und zu einer Versicherung aller vom Einsatz ihrer eigenen Arbeitskraft abhängigen Menschen wird.

Besondere Anstrengungen sind notwendig, um die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland abzubauen. Die Förderpolitik muss grundsätzlich umgestaltet werden. Die Wirtschaftsförderung muss eng mit der Struktur-, Forschungs-, Technologie-, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik verbunden werden, was bislang so gut wie nicht der Fall ist. Die einseitige Orientierung der Wirtschaftsförderung auf Investitionszuschüsse ist zu überwinden, indem ein größeres Gewicht auf Forschung, Qualifizierung, ökologischer Umbau und insgesamt die Verbesserung der so genannten »weichen Standortfaktoren« gelegt wird. Weiterführend ist eine Umorientierung der Wirtschaftsförderung von Einzelprojekten auf Netzwerke und den gesamten Wirtschaftszyklus von der Forschung bis zum Absatz. Fördermittel sollten an Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Mitbestimmungsaufgaben gebunden werden und ein größerer Teil in Beteiligungen der öffentlichen Hand am Unternehmenskapital umgewandelt werden. Länder und Kommunen sollten größere Einflussmöglichkeiten bekommen. Das Erreichen einer selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland ist die entscheidende Grundlage für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Projekt 1: Wir halten fest an der Forderung nach Vollbeschäftigung auf der Grundlage einer erheblichen Verkürzung der Regelarbeitszeit und eines neuen Normalarbeitsverhältnisses. Workfare und Niedriglohnbeschäftigung verstärken Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse. Die Arbeit der Zukunft wird qualifizierte und stärker selbstbestimmte Arbeit sein, die Teil hat an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und verstärkt an der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse statt an der Realisierung des höchstmöglichen Shareholder Value orientiert ist. Insbesondere zur Befriedigung der wachsenden sozialökologischen und kulturellen Bedürfnisse fordern wir den Ausbau eines gemeinnützigen, genossenschaftlich organisierten Dritten Sektors.

Wir setzen uns dafür ein, durch eine aktive, innovative und solidarische Politik den Rückstand Ostdeutschlands in Bezug auf Produktion, Produktivität und Einkommen forciert abzubauen, um gleichwertige Lebensverhältnisse und die Überwindung der Abhängigkeit von Transferzahlungen aus dem Westen zu ermöglichen.

2. Umverteilung von Einkommen und Vermögen

Arbeitgeber und angebotsorientierte Wissenschaft sind längst von dem einst ideali-

sierten Konzept der »produktivitätsorientierten Lohnpolitik« abgerückt und verwenden viel Energie darauf zu propagieren, dass die Lohn- und Gehaltssteigerungen niedriger als die Produktivitätssteigerungen ausfallen müssten, um Beschäftigung zu steigern. Doch real ist gerade das Gegenteil der Fall. Der tarifpolitische Dreischritt aus Teuerungsrate, Produktivitätsentwicklung und Umverteilungskomponente mag angesichts der Strukturentwicklungen der globalen Ökonomie an Plausibilität eingebüßt habe. Der in ihm zum Ausdruck kommende Wille zu einer sozial »umverteilenden Tarifpolitik« ist jedoch aktueller denn je.

Neben der Korrektur der Primärverteilung bedarf es einer Wiederbelebung staatlicher Sekundärverteilung. Die rasant gestiegene Arbeitsproduktivität hat den gesellschaftlichen Reichtum erheblich erhöht, das Problem liegt in der falschen Verteilung. Die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen hat nicht nur die soziale Polarisierung forciert, sondern wirkt längst auch ökonomisch schädlich. Die zunehmende Einkommenskonzentration hat das Problem der strukturellen Nachfrageschwäche erheblich verschärft. Eine staatlich vermittelte Umverteilung zugunsten niedriger und mittlerer Einkommen könnte die Nachfrage und in der Folge auch die seit Jahren unzureichende Investitionsquote beleben. Umverteilung von oben nach unten ist also nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern zugleich der ökonomischen Effizienz. Um nur eine Zahl zu nennen: Die gesamten Sozialhilfeausgaben der Bundesrepublik für Hilfe zum Lebensunterhalt betragen nicht einmal 0,4% des im oberen Drittel der Gesellschaft konzentrierten Vermögensbestandes der Privathaushalte (d.h. ohne Geldvermögen der Unternehmen) und nicht mehr als ein Fünfzehntel ihres jährlichen Geldvermögenszuwachses.

Zu einer Umverteilung zugunsten niedriger und mittlerer Einkommen liegen steuerpolitische Vorschläge auf dem Tisch. Dabei geht es zum einen darum, die notwendigen Ressourcen für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme zu erschließen. Das lohn- und beitragsbezogene System der sozialen Sicherungen bedarf der Ergänzung durch eine »bedarfsorientierte Mindestsicherung«. Sie ist ein wirksamer Schutz vor Einkommensarmut und ermöglicht eine Lebensführung, die der Würde des Menschen entspricht. Dabei geht es nicht um eine generelle Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, wohl aber um eine Ergänzung der beitragsfinanzierten Sozialversicherungsleistungen durch eine steuerfinanzierte Komponente sowie um die Wiedereinlösung des Teilhabeversprechens der Sozialhilfe in einer zeitgemäßen, bürgerrechtlichen Form.

Zweitens muss das Steuersystem zum Grundsatz leistungsorientierter Besteuerung zurückkehren. Dies ist längst nicht mehr der Fall, da auch im Rahmen der rot-grünen Steuerreform die höheren Einkommensklassen sowie die großen Unternehmen am meisten entlastet werden. Die Durchsetzung eines konsequent progressiven Steuertarifs gehört oben auf die Tagesordnung. Die von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Senkung des Spitzensteuersatzes und Unternehmenssteuerreform trägt zur Verschärfung eines Steuerdumpingwettlaufs mit anderen kapitalistischen Metropolen

bei. Grundsatz muss vielmehr die vollständige und leistungsorientierte Besteuerung aller Einkommensquellen sein – damit die Beseitigung der vielfältigen und großzügigen Privilegien für Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Beispielsweise könnte der Kinderfreibetrag, der überproportional Besserverdienende begünstigt, durch ein erhöhtes, an den tatsächlichen Kosten orientiertes Kindergeld ersetzt werden. In diesen Kontext gehört auch die Abschaffung des bisherigen Ehegattensplittings, das überproportional Haushalte mit einem besonders hohen Einkommen begünstigt, zugunsten eines Ehegatten-Realsplittings, was allein Mehreinnahmen von über 10 Mrd. Euro in die öffentlichen Kassen bringen würde.

Die Freistellung der Veräußerungsgewinne aus Kapitalbeteiligungen durch die rot-grüne Bundesregierung befördert den Umbau vom Rheinischen zur angelsächsischen Kapitalismusmodell (zusammen mit der Einführung von kapitalmarktbasieren Altersicherungssystemen). Die Besteuerung leistungsloser Einkommen muss durch die Wiedererhebung einer Vermögensteuer und eine zeitgemäße Erbschaftsteuer sowie eine vollständige Besteuerung der Kapitalerträge und Spekulationsgewinne in Angriff genommen werden. Zur Stärkung von Realinvestitionen bedarf es der stärkeren Besteuerung von reinen Finanzmarktinvestitionen.

Nach wie vor gilt, dass sich nur reiche Leute leere öffentliche Hände leisten können. Deshalb muss sich der Staat – dem Verfassungsgrundsatz von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums folgend – umverteilend betätigen, um eine hinreichende finanzielle Basis für eine an Vollbeschäftigung und sozialer Zukunftsvorsorge orientierte Politik zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre sozialen Aufgaben bürgernah zu erfüllen und den Fortbestand leistungsfähiger Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlichem und insbesondere kommunalem Eigentum zu gewährleisten. Dazu bedarf es neben dem notwendigen allgemeinen Kurswechsel der Steuer- und Finanzpolitik einer Reform der Kommunalfinanzen, um diese auf eine dauerhaft breite und ertragstarke Basis zu stellen.

Projekt 2: Eine solidarische Gesellschaft erfordert eine solidarische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Wir fordern eine bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung, um Armut effektiv zu bekämpfen. Wir setzen uns ein für einen steigenden Anteil der abhängigen Arbeit am gesellschaftlichen Reichtum, um die einkommenspolitische Fehlentwicklung der letzten Jahre zu korrigieren. Neben der progressiven Besteuerung aller Einkommensquellen fordern wir die Einführung einer ergiebigen Vermögensbesteuerung und die steuerliche Mehrbelastung von Finanzanlagen gegenüber Realinvestitionen. Das finanzielle Ausbluten von Bund, Ländern und Gemeinden durch Steuer-senkungen zugunsten hoher Einkommen und Unternehmensgewinne muss gestoppt und umgekehrt werden.

3. Ökologischer Strukturwandel

Beim »Verbrauch von Umwelt« handelt es sich um einen Mengen- und einen Verteilungskonflikt – einen Konflikt um die maximal zulässige Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie der Absorptionsfähigkeit der Biosphäre, und um die Verteilung der Nutzungsrechte zwischen Regionen (»Nord – Süd«) und Generationen (»Jung – Alt«). Dabei ist die räumlich-globale Dimension der Umweltzerstörung unmittelbar mit dem Problem der sozialen Verelendung weiter Weltregionen verbunden. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit gehören zusammen – ein theoretisch wie praktisch ziffig bewiesenes Essential einer transnationalen Umweltpolitik.

Angesichts der fortgeschrittenen ökologischen Zerstörung und des weiterhin beschleunigten Verbrauchs fossiler Energien muss jede Maßnahme der Reduzierung von Umweltbelastungen (z.B. der Treibhausgase) – und sei sie im Einzelfall noch so bescheiden – mit höchster politischer Priorität durchgesetzt werden. Wie groß die Widerstände dabei sind, dokumentiert der gescheiterte Versuch eines Ausstiegs aus der Atomtechnologie – statt Abpfiff für die Atomkraft wurde nur zur Halbzeit gepfiffen. Der zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen ausgehandelte »Atomkonsens« orientiert sich einseitig an den ökonomischen Interessen der großen Energieunternehmen und nicht an den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung.

Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie hat 1998 in einer Studie aufgezeigt, dass Atomausstieg und die Verminderung der CO₂-Emissionen in Deutschland durch eine Energiewende innerhalb von fünf Jahren machbar sind. Ein internes Arbeitspapier des Bundesumweltministeriums vom August 1999 hat im übrigen verdeutlicht, dass die Sicherheitsstandards in deutschen AKWs und die Einschätzung der Risiken der Wiederaufarbeitung nicht dem neuesten Erkenntnisstand entsprechen. Wir fordern deshalb rasche Schritte, um ebenso wie die ökonomische Privilegierung der Atomenergie die Atomwirtschaft selbst schnellstmöglich zu beenden: unabhängige Verwaltung der Entsorgungsrückstellungen, weitere deutliche Erhöhung der Deckungsvorsorge gegen Atomunfälle, Sicherheitsstandards nach dem neuesten Stand der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse und ein schnellerer Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung. Diese Schritte werden die Nutzung der Atomenergie wirtschaftlich unattraktiv machen, so dass die Meiler deutlich schneller vom Netz gehen. Wie eine Studie der Universität Kiel im Auftrag von Greenpeace gezeigt hat, hat der Atomausstieg selbst an den AKW-Standorten positive Beschäftigungseffekte, wenn dort rechtzeitig alternative Energietechnologien angesiedelt werden.

Parallel dazu muss die Energiewende eingeleitet werden. Vorrangig muss der Anteil erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2010 verdoppelt, müssen Stein- und Kohlekraftwerke auf Biomassezufuhr umgerüstet und die Energieeinsparung durch Förderprogramme zur Wärmedämmung an Gebäuden, zum ökologischen Bauen, zur Ersetzung elektrischer Nachtspeicherheizungen und durch flächen-

deckende Anwendung der Integrierten Ressourcenplanung beschleunigt werden.

Zukunftsfähiges Wirtschaften heißt: Aus einer Vielfalt von Einzelmaßnahmen muss sich perspektivisch eine neue ökologische Steuerung konstituieren. Es geht um die Neuorientierung auf ein Leitbild der Zukunftsfähigkeit, das durch staatliche Rahmensetzung schrittweise realisiert werden kann:

- Reduzierung des Energieverbrauchs bis Mitte des Jahrhunderts um 2/3 und der CO₂-Emissionen um 80%; dazu Steigerung der Energieeffizienz, Reduzierung des Energieverbrauchs für Heizung und Mobilität, Förderung regenerativer Energieträger, verstärkter Einsatz produktionsintegrierter Umweltschutztechnologien zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz.
- Eine Strategie zur Reduzierung der Stoffströme über die nächsten 50 Jahre um 90 Prozent (d.h. die Erhöhung der Ressourceneffizienz um den Faktor 10); dazu Durchsetzung geschlossener Stoffkreisläufe durch ein gezieltes Stoffstrommanagement (z.B. Wasserverwertung in der Industrie, Recyclingverfahren bei Lackierungen und Reinigungsanlagen, Abfall-, Entsorgungs- und Aufbereitungswirtschaft etc.).
- Aufbau einer Energieversorgung, die auf den unerschöpflichen solaren Quellen beruht, effizient und dematerialisiert ist. Dazu gehört neben den Sparmaßnahmen die Förderung von Windenergie, Kleinwasserkraftwerken, Solarzellen und die Nutzung von Biomasse-Resten. Die Erforschung insbesondere stationärer Brennstoffzellen macht rapide Fortschritte; langfristig kann der Umstieg von Kohle und Öl über Gas zu einer solaren Wasser-/Wasserstoffwirtschaft erfolgen.
- Schutz der biologischen Vielfalt durch eine restriktive Bodennutzungspolitik. Die Ökologisierung der Landwirtschaft ist hier ein erster Schritt, aber auch die Flächenversiegelung für Verkehrs- und Siedlungsflächen muss beendet werden. Stoffstromreduzierung leistet hierzu durch Reduktion der Transportvolumina einen wichtigen Beitrag.
 - Ganzheitliche Produktpolitik und -nutzung, die auf eine längere Nutzungs- und Lebensdauer von Produkten zielt und die Produktverantwortung verändert (Verkauf von Nutzen statt von Gütern, öko-effiziente Dienstleistungen).
 - Entgiftung von Produktion und Produkten: So gasen z.B. krebserregende Flammschutzmittel aus Computern aus, fruchtschädigende Chlorparaffine lecken aus Dichtungsmassen, hormonell wirksame Phthalate verdampfen aus Weich-PVC. Alternativen müssen durch eine entsprechende Produktzulassungs- und Produkthaftungspolitik stark gemacht werden.
 - Eine Beendigung des Verkehrszuwachses und eine »Humanisierung des Straßenverkehrs« durch unfallvermeidende Konstruktionsvorschriften und Haftungsrecht, einen Umbau der Siedlungsstrukturen sowie eine Politik der Ver-

kehrsvermeidung und Entschleunigung, bei gleichzeitiger Förderung der technischen Effizienz und der Sicherheit. Diese Forderungen sind nicht – wie vielfach behauptet – unfinanzierbar. Im Gegenteil: sie senken die gesamtwirtschaftlichen Kosten, ermöglichen mittelfristig ein umweltverträgliches Wachstum und sichern (zusammen mit Arbeitszeitverkürzungen) den Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Dies zeigen Szenarien und Modellrechnungen aus dem Projekt »Arbeit + Ökologie«, das das DIW, das WZB und das Wuppertal Institut für die Hans Böckler Stiftung der deutschen Gewerkschaften erstellt haben.

Die reichen Staaten des Nordens sind nach wie vor die Umweltkiller Nummer eins. Europas Regierungen beschwören eine »neue Ökonomie«, doch sie setzen in ihrer Innovationspolitik fast ausschließlich auf Gen- und Informationstechnologien. Eine wirklich neue Ökonomie muss hingegen zukunftsfähig sein. Die Informationstechnologien können nur dann zu massiv reduziertem Ressourcenverbrauch beitragen, wenn wir eine ungiftige Informationstechnik und nachhaltige Nutzungskonzepte entwickeln. Eine Dematerialisierung der Wirtschaft wird eine stärkere Regionalisierung ergeben und (örtliche) Dienstleistungen im Wirtschaftsprozess begünstigen. Damit schwächt sich der globale Wettbewerbsdruck erheblich ab: eine Reparatur, einen Kindergarten, oder die Dienstleistung eines Werkzeugverleihs kann man nicht importieren, da sie an Ort und Stelle erbracht werden müssen. Gerade die Gewerkschaften, die häufig in den Branchen mit besonders hohen ökologischen Folgeschäden ihre organisationspolitische Basis haben, sind gefordert. Das gilt für die chemische Industrie, für die Kraftwerksbetreiber wie für die Automobilindustrie. Aber die Herausforderungen sind breiter, wie eine auf Zukunftsfähigkeit orientierte Automobilpolitik deutlich macht. Hier müssen die Konzepte einer ökologischen Modernisierung in Richtung »Mobilitäts-Unternehmen« weiterentwickelt werden, um vorhandene Kompetenzen stärker als bisher z.B. in den Bereich des wachsenden öffentlichen Personen- und des Lastennahverkehrs (der beim Umbau des Güterverkehrs gegenüber dem Fernverkehr relativ wichtiger werden wird) zu lenken.

Es ist durch verschiedene Untersuchungen hinlänglich belegt, dass der ökologische Strukturwandel sich per Saldo positiv auf die Arbeitsplatzbilanz auswirkt. Eine Energiewende in Deutschland könnte nach Berechnungen der Fraunhofer-Gesellschaft ca. 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Würden die Kapazitäten der Bahn und des öffentlichen Personennahverkehrs, statt wie in den Planungen der Bundesbahn zusammengestrichen, durch eine Verkehrswende vervierfacht, entstünden in Deutschland 600.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die IG BAU und Greenpeace rechnen in einer gemeinsamen Projektstudie vor, dass durch gezielte Investitionen in Wärmedämmung und Gebäudesanierung rund 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen können. Ökologischer Landbau benötigt zwischen 11-30% mehr Arbeitskräfte als die heutige industrialisierte Landwirtschaft. Insgesamt erwartet die Studie »Arbeit und Ökologie« bis 2020 eine Reduktion der Arbeitslosigkeit auf unter 3%. Zukunftsfä-

higkeit und Beschäftigungsaufbau könnten so Hand in Hand gehen.

Projekt 3: Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert eine drastische Verminderung der Stoff- und Verkehrsströme und die Entgiftung der Produktion und der Produkte. Wir fordern eine Politik für den ökologisch-solidarischen Umbau der Industriegesellschaft: Atomausstieg und solare Energiewende, Chemiewende, ökologische Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Verkehrswende und verkehrsvermeidender Umbau der Siedlungsstrukturen, ökologischer Landbau und intelligente Regionalisierungsstrategien. Der ökologische Umbau leistet einen Beitrag für mehr und nachhaltige Beschäftigung. Von ökoeffizienter Produktion und ökoeffizienten Dienstleistungen profitieren IndustriearbeiterInnen, IngenieurInnen und TechnikerInnen gleichermaßen. Ökologisch-sozial-kulturelle Dienstleistungen, solare Rohstoffe und ökologische Agrarpolitik erschließen ein großes Arbeitsplatzpotenzial.

4. Schutz und Ausbau sozialer und demokratischer Teilhaberechte

Die Grundbedingung moderner Wohlfahrtsstaaten muss neu mit Leben gefüllt werden. Die gleichberechtigte Wahrnehmung politischer Freiheitsrechte und formeller Chancengleichheit hat die Durchsetzung »sozialer Bürgerrechte« zur Voraussetzung, bedarf sozialer Sicherheit und des Abbaus sozialer Diskriminierungen.

Um den Sozialstaat zukunftssicher zu machen, bedarf es verschiedener konkreter Einzelmaßnahmen, u.a.:

- Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, die derzeit nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik gerade auch im Kontext eines Non-Profit-Sektors zu unterstützen.
- Weiterentwicklung der Sozialhilfe zu einer bedarfsorientierten Mindestsicherung als Schutz vor Einkommensarmut für alle, die nicht über ausreichendes Einkommen oder Vermögen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens in der Gemeinschaft verfügen.
- Die Rentenversicherung muss durch Einbeziehung aller erwerbstätigen Bevölkerungskreise (also auch Freiberufler, Selbständige und Beamte) sowie volle Beitragszahlungen für Arbeitslose gestärkt werden. Die Absenkung des Rentenniveaus durch die rot-grüne Renten»reform« muss rückgängig gemacht und das Versprechen der Lebensstandardsicherung im Alter wieder eingelöst werden.
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Ergänzung der lohnbezogenen Beitragsfinanzierung.

- Demokratie erfordert eine Ausweitung wirtschaftsdemokratischer Rechte, sowohl der Individualrechte von Beschäftigten wie auch der kollektiven Mitbestimmungsrechte durch Betriebsräte und Gewerkschaften.
- Soziale Demokratie ist ohne Maßnahmen zur Sicherung gewerkschaftlicher Koalitionsrechte, insbesondere der Tarifautonomie und des Streikrechts nicht möglich. Dazu gehört das Verbot der Aussperrung und die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auch gegen den Willen der Arbeitgeberverbände.

Eine neue soziale Reformpolitik steht auch vor der Herausforderung einer nach wie vor nicht überwundenen Abhängigkeit des Gesundheitsstandes von der sozialen Position in der Gesellschaft. Der von vielen gerne ins 19. Jahrhundert verwiesene Slogan »Wenn du arm bist, musst du früher sterben« beschreibt leider auch noch die gesellschaftliche Realität zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Nach wie vor werden die Chancen auf ein gesundes Leben in erheblichem Maße über den sozialen Status verteilt. Aber nicht nur prekäre Lebenslagen, wie sie z.B. mit Erwerbslosigkeit verbunden sind, erhöhen das Risiko gesundheitlicher Schäden. Auch die Arbeitswelt trägt unverändert durch belastende Arbeitsbedingungen zu vorzeitigem Gesundheitsverschleiß bei. Hier wird der hohe Stellenwert einer präventiven, auf vorsorgende Risikovermeidung gerichteten (Sozial-)Politik (im Sinne der Vermeidung von Erwerbslosigkeit und der Beseitigung gesundheitsschädigender Arbeitsbelastungen) für eine solidarische Verteilung von Lebenschancen deutlich.

Wir wollen eine gesundheitliche Versorgung von maximaler Qualität, die für alle zugänglich ist und zu deren Finanzierung die Beteiligten solidarisch und nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit beitragen. Forderungen, das Gesundheitssystem durch die Einführung von mehr Konkurrenz, eine höhere Belastung von Kranken und die Kürzung solidarisch finanzierter Gesundheitsleistungen »zu sanieren«, lehnen wir ab. Wir schlagen dem gegenüber für eine solidarische Reformpolitik im Gesundheitswesen vor:

In einem breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess sind gesundheitspolitische Ziele und konkrete Umsetzungsschritte zu formulieren. Dabei muss es zu einer Aufwertung von Prävention und Gesundheitsförderung kommen. Dadurch können sinkende oder zumindest stabile Kosten mit einer höheren Versorgungsqualität verbunden werden. Die schweren Mängel in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung, die insbesondere im Bereich chronischer Erkrankungen bestehen, müssen beseitigt werden. Die Zusammenarbeit und die Regulierung des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen gesetzlichen Krankenkassen müssen verbessert werden, etwa durch die Gründung eines »Dachverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung«.

Die gesetzliche Krankenversicherung sollte zu einer »Erwerbstätigenversicherung« weiter entwickelt werden, die alle abhängig Beschäftigten auch und gerade bei hohem Einkommen umfasst. Auch Selbständige und Beamte sollten in die gesetzliche Kran-

kenversicherung integriert werden. Dies würde die Finanzsituation der Krankenversicherung stabilisieren. Hinzu kommen sollte die Einführung eines steuerfinanzierten Bundeszuschusses, um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die bisher von den Krankenkassen und damit ausschließlich von den BeitragszahlerInnen finanziert werden, auf eine gerechtere Grundlage zu stellen. Einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der Finanzlage der Krankenversicherung würde die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Steigerung des Anteils der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen leisten.

Auch im Bildungsbereich war der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungschancen stets von besonderer Bedeutung. Heute ist der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten wieder auf das Niveau vor der sozial-liberalen Bildungsreform der 70er Jahre gesunken. Die erneut verstärkte soziale Spaltung im Bildungssystem muss überwunden werden. Nicht nur, weil ein hohes Bildungs- und Ausbildungsniveau als Produktivkraft an Bedeutung gewinnt; sondern vor allem, weil eine soziale und demokratische Gesellschaft ohne das Menschenrecht auf Bildung zum Scheitern verurteilt ist. Das erfordert eine bedarfsorientierte und existenzsichernde, elternunabhängige Ausbildungsförderung als materielle Basis für einen gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungsangeboten. Die Einführung von Studiengebühren und die Privatisierungstendenzen im Bildungswesen sind reaktionäre Maßnahmen, zielen sie doch letztlich darauf ab, soziale Selektionsmechanismen und auch geschlechtsspezifische Diskriminierungen wieder zu verstärken. Jenseits sozialer Herkunft muss Bildung als unverzichtbare Ressource individueller und sozialer Persönlichkeitsentwicklung anerkannt und entsprechend in der Prioritätenskala einer sozialen Reformpolitik platziert werden. Demokratisierung von Schule, Hochschule, Forschung und Wissenschaft sind Voraussetzungen für Chancengleichheit. Das politische Mandat, die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der SchülerInnen und Studierenden und die Einrichtung von Beiräten, in denen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen, Verbände und Gewerkschaften vertreten sind, können dazu beitragen. Um ein qualifiziertes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot für alle Jugendlichen gewährleisten zu können und die Kosten der Berufsausbildung gerecht zu verteilen, fordern wir die Einführung einer Umlagefinanzierung der betrieblichen Ausbildung.

Teilhabe setzt Kompetenzen und Orientierungsfähigkeiten voraus, die durch kulturelles Lernen vermittelt werden müssen. Die gegenwärtige Bildungsdiskussion beschränkt sich auf die Klage über den Mangel berufsbezogener Qualifikationen insbesondere im IT-Bereich. Die kurzfristige Beseitigung von Modernisierungsrückständen im Bildungs- und Ausbildungssystem bedeutet eine verhängnisvolle Verengung des Lehr- und Lernangebots, weil damit die Zukunftsfähigkeit einer ganzen Generation zur Disposition gestellt wird.

Neuverteilung sozialer Teilhaberechte muss sich aber auch auf das Verhältnis der Geschlechter beziehen. Nach wie vor harren die modernen Gesellschaften – trotz al-

ler positiven Effekte von Individualisierung im Sinne individueller Kompetenz – der notwendigen alltagskulturellen Revolution, die das Aufbrechen der tradierten Rollenbilder und -zuweisungen bedeuten würde. Der vielfach analysierte Formwandel der modernen Familie ist bisher kaum mit einer realen Gleichstellung der Geschlechter einhergegangen.

Dazu bedarf es *erstens* der Reform der Arbeits- und Sozialverfassung auf der Grundlage eines neuen Normalarbeitsverhältnisses. Hinzu kommen muss *zweitens* die Schaffung einer gesellschaftlichen Infrastruktur, die Angebote zur Entlastung der Reproduktions- und Familienarbeit bereitstellt. Es geht um die Verbesserung der materiellen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – für Männer und Frauen. Ergänzt werden muss dies *drittens* durch Strategien einer positiven Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt. Dies reicht von der Beseitigung der Frauen benachteiligenden Regelungen im Leistungsrecht der Sozialversicherung bis hin zu Quoten in der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Als ein Instrument zur Reform der Sozial- und Gesellschaftspolitik wird die Methode des Gender Mainstreaming angesehen. Dieses Instrument darf jedoch nicht ausschließlich aus ökonomischen Effizienzkriterien und sozialer Befriedung eingesetzt werden, sondern mit ihm muss das Ziel der gleichen Teilhabe und der gleichen Rechte als Universalprinzip in allen gesellschaftlichen Bereichen verbunden sein. Die Definition von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe birgt die Gefahr in sich, dass alle errungenen institutionellen und finanziellen Gleichstellungsaktivitäten zurückgenommen werden. Um Gender Mainstreaming den gebührenden Nachdruck zu verleihen, sollten in der EU entsprechende Konvergenzkriterien festgelegt werden. Als konkrete Maßnahmen fordern wir: ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft; die Streichung des Ehegattensplittings; die Anerkennung geschlechtsspezifischer Diskriminierung bei der Gewährung von Asyl.

Eine demokratische und humane Politik der »Öffentlichen Sicherheit« muss an den sozialen Ursachen der Kriminalitätsentwicklung ansetzen und dem Abbau sozialstaatlicher Standards entgegenwirken. Sie darf nicht auf den immer massiveren Einsatz von Polizei, Geheimdiensten und privaten Sicherheitsorganisationen setzen. Die Verschärfung der Strafgesetzgebung muss gestoppt werden. Die zunehmende Ausweitung und Vermischung der nachrichtendienstlichen und exekutiven Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten muss zurückgenommen und eine an Freiheitsrechten der BürgerInnen orientierte Gesetzgebung durchgesetzt werden. Ein erster Schritt wäre eine Erhöhung der Transparenz und wirksamere demokratische Kontrolle der Tätigkeit dieser Einrichtungen. Die Definitionsmacht des Verfassungsschutzes über »extremistische« Bewegungen im Rahmen der jährlichen Berichte ist durch ein parlamentarisch kontrolliertes Verfahren zu ersetzen.

Projekt 4: War schon die Pflegeversicherung Präzedenzfall eines einseitig von den ArbeitnehmerInnen finanzierten sozialen Sicherungssystems, wurde mit der Rentenreform ein weitreichender Schritt zum Ausstieg aus einer solidarischen Sozialpolitik vollzogen. Der Abbau der solidarischen Sozialversicherung zugunsten des Aufbaus kapitalgedeckter Privatvorsorge und die Aufgabe der paritätischen Beitragsfinanzierung kennzeichnen einen Systemwechsel vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat. Er droht zügig auf andere Zweige der Sozialversicherung, insbesondere die Krankenversicherung, übertragen zu werden.

Die Behauptung, dass die demografische Entwicklung einen Systemwechsel in der Sozialpolitik erzwingt, ist falsch. Die Finanzbasis der Sozialversicherung erodiert vielmehr in Folge der Massenerwerbslosigkeit, der massiv verschlechterten Verteilungsrelation zwischen Kapital und Arbeit und der Ausweitung prekärer, diskontinuierlicher Arbeitsformen. Zur Stärkung der Finanzkraft der sozialen Sicherungssysteme schlagen wir u.a. vor, die paritätische Beitragsfinanzierung durch eine Wertschöpfungsabgabe zu ergänzen. Die solidarische Alternative zur Privatisierung der Sozialversicherung ist deren Ausweitung zu einem System der Volksversicherung.

Statt weiterer Aufrüstung des Sicherheitsstaates braucht unser Land einen neuen Anlauf der Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaft. Die Entwicklung zu einer »präventiven Kontrollgesellschaft« muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

5. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Zukunftsfähige Demokratie bedarf der aktiven Beteiligung. Diese ergibt sich nicht aus Appellen an zivil- oder bürgergesellschaftliches Engagement, sondern aus sozialen und politischen Rechten. »Mehr Demokratie wagen« gehört jedoch nicht zu den politischen Leitbildern der Parteien der »Neuen Mitte«. Vielmehr findet ein Prozess der Entleerung der Demokratie statt.

Die Internationalisierungs- und marktförmigen Umstrukturierungsprozesse in den Unternehmen stärken die Macht der Kapitaleseite und lassen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften zunehmend ins Leere laufen. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes stellt hierzu kein Gegengewicht dar. Stattdessen stellen wir einen Paradigmenwechsel im Verständnis von Mitbestimmung fest: Nicht mehr Gegenmacht sondern Wettbewerbspartnerschaft ist das Leitbild; die noch in der Geburtsphase der Bundesrepublik geführte Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Demokratisierung der Wirtschaft gleichsam als Unterbau zur demokratischen Verfasstheit des politischen Systems wird verdrängt.

Mitunter dient die Phrase vom »Ende des Nationalstaats« nur der Kaschierung einer Politik der kapitalorientierten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und des Abbaus sozialer, ökologischer und politischer Rechte. Auf Regierungskonferenzen fallen die Entscheidungen über die Zukunft Europas, nicht im Europäischen Parlament. Initiativen der Regierungen zur Stärkung öffentlicher Interessen auf nationaler Ebene wie zur Stärkung demokratischer, parlamentarischer Rechte auf internationaler Ebene sucht man vergebens.

Auch das Beschwören von »Menschenrechten« ist Ausdruck einer – in jüngster Zeit zunehmend militärisch orientierten – interessen geleiteten Politik, die sich gerade durch die Verweigerung von »sozialen Menschenrechten« auszeichnet: dazu gehören Rechtsansprüche auf Arbeit, auf Wohnen, auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit, usw. Eine Gesellschaft, die diese sozialen Rechte verweigert, verliert demokratische Substanz. Doch genau in diese Richtung fährt der politische Zug: Das sozialstaatliche Projekt der Zivilisierung des Kapitalismus wird von den Parteien der »Neuen Mitte« nicht mehr weiterverfolgt. Aus Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung entsteht – um eine Formel von Ralf Dahrendorf aufzugreifen – ein »Polizeistaat«, der soziale Widersprüche nicht löst, sondern autoritär zudeckelt.

Für die politische Linke stellt dies eine existenzielle Herausforderung dar, denn sie ist auf solidarische, gemeinschaftliche Interessen und Erfahrungen angewiesen. Dagegen wird die extreme Rechte von diesen Entwicklungen begünstigt. Denn es sind Zukunftsängste, die Menschen dazu bringen, Sicherheit und Zusammenhalt durch Ausgrenzung stiften zu wollen.

Die rot-grüne Bundesregierung realisiert in wichtigen Teilen eine Politik, die Erwartungen ihrer Wählerschaft nach sozialer Gerechtigkeit, globalem Ausgleich und friedlichem Zusammenleben sowie ökologischer Nachhaltigkeit zuwiderläuft. In der verstärkten Neigung zur Wahlabstinz in der rot-grünen Wählerschaft spiegelt sich ein aktueller Bedeutungsverlust parteiförmiger Politik für die Verfolgung solcher gesellschaftlichen Zukunftsinteressen. Deshalb wollen wir die vorhandenen demokratischen Räume und Rechte nutzen, um dem demokratischen Engagement, der aktiven gesellschaftlichen und politischen Einflussnahme der zukunftsorientierten Kräfte neue Möglichkeiten zu eröffnen: durch die Stärkung demokratischer Strukturen der Selbstorganisation, wie sie in Gewerkschaften, Umweltschutz-, Bürgerrechts- und Friedensinitiativen (und vielen anderen Organisationen) ansatzweise schon vorhanden sind. Wir setzen uns dafür ein, auch auf Bundesebene Möglichkeiten direkter Demokratie durch Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einzuführen.

Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus finden fortgesetzte Bestätigung in einer staatlichen Ausländer- und Flüchtlingspolitik, die die Betroffenen entrechtet und zu Menschen zweiter und dritter Klasse stempelt. Zudem tragen Deutschland und seine Regierungen in dem Maße Verantwortung für Migrations-

und Flüchtlingsbewegungen, wie die deutsche Politik fortwährend selbst Ursachenfaktor für Verarmung und zugespitzte Krisen der Herkunftsländer in der Dritten Welt und anderswo ist – etwa durch ihr Abstimmungsverhalten in den internationalen Institutionen, etwa durch Kürzung des Haushalts für Entwicklungszusammenarbeit auf einen blamablen historischen Tiefststand oder etwa durch die Zusammenarbeit und Unterstützung von Staaten mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen durch Waffenlieferungen und -exporte.

Die mit der »Green Card« eingeleitete »Modernisierung« der deutschen Zuwanderungspolitik droht mit dem Schily'schen Zuwanderungsgesetz verallgemeinert zu werden. Nicht Humanität, Menschen- und Bürgerrechtsorientierung, sondern verstärkte Abschottung und Entrechtung, kombiniert mit dem Recht von Arbeitgebern, sich nach Maßgabe von Verwertungsinteressen Qualifikation günstig am globalen Arbeitsmarkt einzukaufen, bilden die Leitlinien für einen zuwanderungspolitischen Konsens mit den zum Rechtspopulismus driftenden Konservativen.

Wir sind Zeugen eines Niedergangs der parlamentarischen (Parteien-) Demokratie. Korruption ist ein Symptom dieses Niedergangs. Noch gefährlicher ist der Bedeutungsgewinn rechtsextremer Strömungen in der deutschen Gesellschaft. Wenn die seit einem Vierteljahrhundert unbewältigte soziale Krise nicht schleichend zu autoritären Herrschaftsformen führen soll, so müssen wir ihr mit einer breiten gesellschaftlichen Bewegung entgegentreten.

Projekt 5: Wir setzen uns ein für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft, für den Ausbau der Mitbestimmung, ein ungeschmäleres Streikrecht und das Verbot der Aussperrung. Wir engagieren uns für die Verteidigung der demokratischen Freiheits- und Schutz-Rechte, gegen den Ausbau des Überwachungsstaats und der polizeilichen Repression.

Alle diskriminierenden Bestimmungen des Ausländerrechts müssen eliminiert werden und alle hier lebenden Menschen müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte genießen, wozu das aktive und passive Wahlrecht essentiell gehören. Wir setzen uns ein für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention; für die Abschaffung der Abschiebehaft und des entwürdigenden Asylbewerberleistungsgesetzes.

Notwendig ist die Herstellung einer demokratischen Medienöffentlichkeit, die nicht von der Marktmacht Weniger und der Kommerzialisierung der Inhalte degeneriert wird, sondern die politischen und gesellschaftlichen Prozesse für alle transparent und verständlich macht.

6. Abrüstung – internationale Solidarität – zivile Konflikt- und Krisenprävention

Die Außen- und Sicherheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung setzt verstärkt auf die militärische Karte. Mit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurden Bestimmungen des Grundgesetzes und des Völkerrechts gebrochen. Gerade auf diesen Politikfeldern fallen die in der Bundestagswahl von 1998 und im Koalitionsvertrag gegebenen Versprechungen und die Realität des seitherigen Regierungshandelns weit auseinander:

- Die Bundeswehr, die nach dem Grundgesetz ausschließlich Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen hat, verliert unter Rot-Grün ihren »defensiven« Charakter und wird zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut.
- Unter Rot-Grün werden all diejenigen Rüstungsprojekte fortentwickelt, die unter rot-grüner Opposition noch verurteilt wurden.
- Obwohl sich die Bundesregierung mit ihren Rüstungsexportrichtlinien einen restriktiven Anstrich gegeben hat, bleibt die Bundesrepublik weiterhin auf den führenden Plätzen der Waffenexporteure.
- Im Koalitionsvertrag von 1998 haben sich die Parteien für atomare Abrüstung sowie für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen eingesetzt. Auch dies blieb eine bloße Absichtserklärung. Selbst das amerikanische NMD-Programm ist kein Tabu.
- Die Förderung von Krisen- und Konfliktprävention spielte im Koalitionsvertrag eine entscheidende Rolle. In der Realität ist über die Erhöhung der Mittel für Friedens- und Konfliktforschung hinaus nichts geschehen.

Ähnlich wie beim Jugoslawien-Krieg von 1999 wurde auch bei dem jüngsten Militäreinsatz in Mazedonien jahrelang die sich abzeichnende Konfliktsituation ignoriert. Im Gegenteil: die UCK wurde vor allem von den westlichen Staaten ausgestattet und damit erhielt der Konflikt erst seine eigentliche Dynamik. Beim Jugoslawien-Krieg hat die Bundesregierung noch davon gesprochen, dass der NATO-Einsatz als Ausnahme zu verstehen ist. In der Mazedonien-Entscheidung war dies bereits vergessen. Auch wenn die Bundesregierung dies immer wieder anders darstellt, der Mazedonien-Einsatz war nicht durch die UNO legitimiert. Der UN-Sicherheitsrat als zuständiges Gremium der UNO hat keine Resolution verabschiedet und der NATO auch kein entsprechendes Mandat erteilt.

Wie auch immer geartete Interventionen müssen im Einklang mit dem Völkerrecht stehen und von neutraler Seite erfolgen. Ein Militärbündnis wie die NATO, das sich auch selbst immer wieder als Interessenbündnis definiert, ist hierzu ungeeignet.

Bei der Abstimmung im deutschen Bundestag zu dem Mazedonien-Einsatz haben

neben der PDS-Fraktion 24 Abgeordnete der Regierungskoalition der Vorlage der Bundesregierung ihre Zustimmung verweigert. Diese Abgeordneten haben auf besondere Weise Standfestigkeit bewiesen, zumal der Druck auf die einzelnen nicht unerheblich war. Dieser Druck und der anschließende Umgang mit den sogenannten Abweichlern ist ein Armutszeugnis für die Demokratie.

Um den Herausforderungen des begonnenen Jahrtausends gerecht zu werden, muss sich Außen- und Sicherheitspolitik vom militärischen Denken und den Begehrlichkeiten der Rüstungswirtschaft lösen. Das Prinzip der bewaffneten »Sicherheit«, wonach Militär zur Durchsetzung geostrategischer Interessen eingesetzt wird, ist mit einer friedensverträglichen Politik nicht vereinbar. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme sowie die daraus erwachsenden Spannungen und Krisen lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen, sondern ausschließlich mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Mitteln. Die Bundesrepublik braucht keine neuen Waffen. Was sie vielmehr braucht, ist soziale Gerechtigkeit, eine Integration der hier lebenden Ausländer und Solidarität mit Verfolgten, sowie eine Politik der Hilfeleistung für unterentwickelte Länder.

Projekt 6: Wir halten fest an einer Außenpolitik, die den Namen Friedenspolitik verdient: Abkehr von militärischen Konfliktlösungen, Stärkung ziviler Konfliktregulation und Krisenprävention.

Die Antwort auf den internationalen Terrorismus heißt nicht Krieg, sondern Durchsetzung des internationalen Rechts, Aufwertung der Vereinten Nationen, die mit polizeilichen Sanktionsrechten auszustatten sind.

Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir fordern nicht nur die Einstellung der aktuellen Rüstungsprojekte (z.B. Eurofighter). Wir wenden uns gegen den Umbau von NATO und Bundeswehr zu flexiblen, schnell interventionsfähigen Armeen zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen der kapitalistischen Hauptländer sowie gegen die militärische Nutzung des Welt- raums. Die durch Abrüstung frei werdenden Mittel müssen in zivile Bereiche gelenkt werden. Es gilt den Konversionsgedanken weiter zu fördern.

Ein erster Schritt zu einer äußerst restriktiven Rüstungsexportpolitik wäre ein wirksames Verbot von Rüstungsexporten in Spannungsgebiete und Staaten, in denen Menschenrechte verletzt und Waffen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden.

Damit Friedenspolitik nicht nur eine politische Absichtserklärung bleibt, fordern wir als einen ersten Schritt das Einfrieren und in der Folge die schrittweise Reduzierung des Rüstungsetats.

V. Heraus aus der Zuschauerdemokratie

Mit der Transformation von SPD und Grünen zu Parteien der Neuen Mitte sind – bis auf verbleibende kritische Minderheiten in diesen Parteien – frühere politische Protagonisten, von denen eine wirkungsvolle Vertretung sozialer und ökologischer Zukunftsinteressen erwartet werden könnte, zumindest auf absehbare Zeit entfallen, während die PDS – auch wenn ihr programmatischer Anspruch weiter gefasst ist – weitgehend auf die Vertretung von Interessen aus den neuen Bundesländern beschränkt ist. Eine politische Linke als bundesweite gesellschaftliche Massenströmung mit Gewicht im parlamentarischen Raum ist gegenwärtig nicht erkennbar. Die für unsere Gesellschaft heute entscheidende Frage nach einer zukunftsfähigen Alternative zur Politik der »Neuen Mitte« und ihren rechtskonservativen und marktradikalen Konkurrenten fällt damit zurück an die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich den »Sachzwang«-Suggestionen der Neoliberalen aller Couleur nicht ergeben, sondern die für alternative Teil-Antworten streiten.

Zu den ermutigenden Zeichen gehören heute die Bereitschaft vieler junger Menschen, sich Nazi-Aufmärschen in den Weg zu stellen, ebenso wie die Aktionen der Anti-Atom-Bewegung. Besonders beachtenswert ist die Fähigkeit europäischer und globaler Aktionsbündnisse, die Mächtigen der Welt in Seattle, Prag, Nizza, Davos oder Genua öffentlichkeitswirksam mit Ansprüchen an eine andere Politik zu konfrontieren, sowie der Aufschwung neuer Politik-Netzwerke und Bewegungszusammenhänge wie ATTAC. All dies unterstreicht die Vitalität von Ansätzen einer Gegenwehr gegen die Politik der Neuen Mitte und die neue Weltordnung des Shareholder-Kapitalismus.

Das Potenzial zur Entwicklung neuer starker zivilgesellschaftlicher Strömungen, die auf gemeinsamen Interessen von Frauen, MigrantInnen, Erwerbslosen, traditionellen und neuen ArbeitnehmerInnen, prekär Beschäftigten und so genannten neuen Selbständigen gründen, ist durchaus vorhanden. Die politische Kunst wird darin liegen, diese Interessen so miteinander zu verknüpfen, dass eine wahrnehmbare, attraktive und vielfältige gesellschaftliche Strömung wider den herrschenden Zeitgeist entsteht, die Unzufriedenheit in Engagement für politische Alternativen umwandeln kann.

Die verschiedenen, meist an Einzelthemen orientierten oppositionellen Politikansätze in der Bundesrepublik stehen vor einer wichtigen Frage: entweder wir beißen uns vereinzelt mit unseren jeweils schwachen Kräften an den politisch herrschenden Kräften die Zähne aus, oder wir versuchen, aus unseren jeweiligen Blickwinkeln Gemeinsamkeiten mit anderen Initiativen zu definieren und gemeinsame Konzepte und Aktionen zu entwickeln. Vorrangige Aufgabe ist, die Verständigung über Essentials einer neuen gesellschaftlichen Reformstrategie zu fördern und die dafür in der Gesellschaft vorhandenen Potenziale zu bündeln.

Dieser Text soll Anregung und Vorschlag dazu sein. Politische Alternativen in dieser Republik durchzusetzen erfordert eine breite soziale Bewegung, die sich weder an der »Parteifrage« orientiert, noch auf einzelne politische Themen- und Handlungsfelder beschränkt bleibt. Gelingt es, die vorhandenen Kräfte im Rahmen einer gemeinsamen Politikalternative zusammenzuführen und an wichtigen Punkten vereint handlungsfähig werden zu lassen, so ist dies ein wichtiger Schritt für die Entwicklung einer neuen sozialen Bewegung. Er könnte zahllose Menschen darin bestärken und dazu ermutigen, selbst etwas zu tun und sich mit anderen über gemeinsame Ziele austauschen. Neue Hoffnung könnte wachsen, dass es sich lohnt, aus der Zuschauerrolle herauszutreten und an einem Projekt der »Selbsthilfe für Zukunftssicherung« teilzunehmen. Wenn wir weder von der rot-grünen neuen Mitte noch von einer sich aus dem Spendensumpf wieder hochziehenden CDU/CSU über den Löffel barbiert werden wollen, müssen wir uns selber – und zwar gemeinsam – wehren und für eine alternative Politik streiten.

Ob ein solches Vorhaben gelingt, kann niemand vorhersehen. Es liegt an uns, die Probe aufs Exempel zu machen.

* * *

Das Memorandum wurde von einer Arbeitsgruppe zusammengestellt, der folgende Mitglieder angehören:

Reiner Braun, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative »Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit«
 Richard Detje, Redaktion »Sozialismus«
 Bernd Guß, Friedens- und Zukunftswerkstatt
 Matthias Jochheim, IPPNW
 Norbert Koprek
 Ralf Krämer, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
 Daniel Kreutz, Basisgrün
 Christoph Rinneberg, Kairos Europa
 Horst Schmitthenner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall
 Ursula Schumm-Garling, Hochschullehrerin
 Joachim Spangenberg, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative
 Horst Trapp, Aktionsbündnis »Aufstehen für eine andere Politik«
 Axel Troost, Memorandum-Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik
 Hans-Jürgen Urban, Vorstandsverwaltung IG Metall

Herausgeber: Initiative für einen Politikwechsel
 V.i.S.d.P. : Horst Schmitthenner
 IG Metall Vorstand, Abt. Sozialpolitik, Lyoner Str. 32, 60528 Frankfurt/Main
 Tel.: 069 / 6693 – 2558
 Fax: 069 / 6693 – 2006
 Bettina.Wagner@igmetall.de